

Die Lupe



Informationen für
die Samtgemeinde Aue
Jahrgang 24, Ausgabe 1
Juni 2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

Stehen wir vor dem Abgrund oder können wir ganz beruhigt sein?

In der Allgemeinen Zeitung lag vor einigen Wochen die Werbezeitschrift eines Bauernhofes bei, der u.a. Spargel anbaut und im Landkreis Uelzen verkauft. Dort las ich folgenden Satz:

„Ich bin dankbar:

Erstens, dass wir am besten Ort der Welt und zur besten Zeit leben dürfen. Denn ich möchte nirgendwo anders leben und ich möchte auch mit keinem meiner Vorfahren tauschen.“

Bei all den politischen Auseinandersetzungen und Erregungen in Deutschland und in der Welt, die uns derzeit begleiten, wurde mir mit diesem einfachen Satz ins Bewusstsein gerufen- Richtig! Wir können dankbar sein. Uns geht es – vergleichsweise - gut!

Die meisten Menschen in Deutschland und Europa leben im Vergleich zu anderen Regionen in der Welt in großem Wohlstand. Durch die Soziale Marktwirtschaft gelang es Deutschland nach 1945, sich zu einer der führenden Wirtschaftsnationen der Welt zu entwickeln.

All dies war und ist nur möglich, weil wir in einer stabilen Demokratie leben, die unsere individuellen Freiheiten schützt. Das Grundgesetz und die dort verankerten Menschenrechte sind der Grundstein für unsere offene und vielfältige Gesellschaft. Wir können unsere Meinung offen und frei äußern, wir haben beruflich viele Möglichkeiten und Chancen, wir können uns innerhalb Europas ohne Grenzkontrollen bewegen und der Euro vereinfacht dabei vieles. Die Integration in internatio-

nale Organisationen wie die EU und die NATO hat Deutschland zu einem wichtigen Faktor und Akteur auf der globalen Bühne gemacht.

Häufig werden allerdings die politischen Auseinandersetzungen mit großer Erregung und manchmal Wut geführt und der Eindruck erweckt, dass Deutschland und Europa mit all den vorhandenen Problemen vor dem Abgrund stehen und der „Untergang des Abendlandes“ nur noch eine Frage der Zeit ist. All denen möchte ich den Satz aus der Werbezeitschrift zu bedenken geben: „Ich bin dankbar, dass wir am besten Ort der Welt und zur besten Zeit leben dürfen...“



Seit einiger Zeit versucht allerdings v.a. eine Partei mit dem Schüren von Ängsten den Untergang unseres freiheitlichen, demokratischen Systems herbeizureden. Die derzeitigen politischen Entscheidungsträger vertreten

angeblich nicht die „Interessen des Volkes“. Als Antwort darauf wird eine nationale Politik angeboten. Es werden einfache Lösungen vorgestellt, die sich bei näherem Hinsehen als überhaupt nicht durchführbar herausstellen.

Richtig ist, dass in unserem demokratischen System viele Entscheidungen quälend langsam getroffen werden. Aber diese Entscheidungen beziehen dann auch die vielen Interessen und Lebenslagen der Menschen in unserem Land mit ein.

Wir brauchen keine Alternative zu Freiheit und Demokratie!

Lutke Ebeling

Bernd Lange - Europaabgeordneter (Hannover)



Foto: Jelle von der Wolf

Am 9. Juni 2024 ist Europawahl, und es geht darum, welchen Kurs das Schiff Europa in der Zukunft haben wird. Ich möchte nicht, dass Rechtsextreme und Demokratiefeinde mit am Ruder sind, denn es geht um wichtige Fragen. Es geht darum, wie wir unsere Zukunft gestalten. Wir sind in einer Zeit des Übergangs und müssen unsere industrielle Wertschöpfung fit machen für die Zukunft. Investitionen fördern, Bürokratie abbauen und vor allem auch die Energiepreise reduzieren – das sind wichtige Aufgaben für das neue Europäische Parlament.

Als Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament kümmere ich mich vorrangig um die globale Handels- und Industriepolitik. Sie ist geprägt von vielen kleinen Schritten, und es gab in den letzten Jahren durchaus einige größere Erfolge, wenn es um die Gestaltung von Verträgen und Abkommen mit vielen Ländern auf der Welt ging.

Es geht dabei um zukunftsfähige Arbeitsplätze und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Einklang mit dem Klimaschutz. Dazu gehört auch immer die Absicherung von Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Handelspolitik ist weitaus mehr als die Beseitigung von Zöllen und Handelsbarrieren. Sie trägt durch faire Partnerschaften mit anderen Ländern zur Versorgungssicherheit mit Rohstoffen bei und verbessert dort die Arbeits- und Umweltbedin-

Europa auf Kurs halten

gungen. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass Handel nicht nur frei, sondern vor allem fair und nachhaltig ist. Wir sind nicht alleine auf der Welt, es geht darum vernünftige, faire Partnerschaften mit anderen Ländern zu schließen.

Wir wollen stabile, verlässliche Netzwerke mit anderen Ländern haben, weil unser Wohlstand unmittelbar von einem vernünftigen Handel mit anderen abhängt.

Wir haben in Niedersachsen eine Exportquote von 30 Prozent, also ist der Handel für Wirtschaft und Beschäftigung von großer Bedeutung. Deshalb sind faire Bedingungen zentral. Ausgewogene und faire Handelsbeziehungen sind auch maßgeblich für die Entwicklung der europäischen Industrie und der dazugehörigen Arbeitsplätze.

Das heißt, dass bei Gesetzgebungen und Handelsabkommen vor allem die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Aspekte wie fairer Handel und Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen sollen.



Foto: Bernd Lange / Flickr

Vielen ist gar nicht bewusst, auf wie sich das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni auswirkt. Das Europäische Parlament trifft Entscheidungen, die jeden von uns betreffen: große Länder und kleine Gemeinschaften, mächtige Konzerne und junge Start-up-Unternehmen, die Welt und das kleinste Dorf.

In Europa mit seinen vielen Institutionen und dem Europäischen Parlament läuft es nicht immer perfekt. Das ist für mich und die SPD Ansporn Europa zu verbessern! Ein Zurück zum Nationalstaat bedeutet Rückschritt und wir verlieren als Exportnation unseren Wohlstand.

Europa ist mehr denn je auch ein Garant für Frieden und Sicherheit bei all den Krisen in diesen unsicheren Zeiten. Europäisches Handeln ist zudem

die beste Grundlage, um die globalen Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Das lässt sich nur gemeinsam gestalten. Die Länder in Europa sind nur dann stark, wenn Europa stark, demokratisch und sozial ist.

Auch in den nächsten fünf Jahren werde ich mit aller Kraft für ein solidarisches, starkes und demokratisches Europa streiten.

Bernd Lange

Bernd Lange ist Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel und Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden.

Jan Henner Putzier

Bericht aus Hannover



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zuhören, Probleme im Land aufnehmen und pragmatische Lösungen anbieten. Das ist die Aufgabe von Politikerinnen und Politikern und das ist unser Anspruch als SPD für Niedersachsen. In den vergangenen Wochen und Monaten haben wir diesen Anspruch mit zahlreichen Gesetzen und Gesetzesentwürfen unterstrichen. Wir arbeiten an guten Lösungen für die Herausforderungen unseres Landes. Einige Beispiele möchte ich Ihnen hier nahe bringen.

Kindertagesbetreuung unterstützen

Mit unserem Entwurf für die Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten

und Kindertagespflege (NKiTaG) wollen wir die Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung durch den Fachkräftemangel angehen. Wir wollen unter anderem ermöglichen, dass das Personal dieser Einrichtungen flexibler planen kann und auch in Randzeiten Handlungsspielräume bestehen. Dabei gilt: Betreuung sichern, den Fokus auf Qualität halten und gleichzeitig langfristige Lösungen erarbeiten.

Brandschutzgesetz verbessern

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandschG) und des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (NKatSG) setzen wir wichtige Schwerpunkte. Wir setzen die Handlungsempfehlungen der Struktur-

kommission um und stellen die Weichen für den weiteren Ausbau des Brandschutzes und zur Bewältigung zukünftiger Krisen in Niedersachsen. Ein Beispiel sind dabei die neuen Freistellungsregelungen für betreuende Personen bei Ferien- oder Freizeitmaßnahmen der Kinder- und Jugendfeuerwehren. So wollen wir dieses wichtige Ehrenamt weiter stärken.

Windkraft in Niedersachsen

Die Zukunft im Blick – mit der Beschlussfassung des Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und von Freiflächen-Photovoltaikanlagen haben wir in unserer April-Sitzung den nächsten Schritt in Richtung Energiewende gemacht. Die Landkreise in Niedersachsen tragen nun mit unterschiedlichen Flächenzielen zur Erreichung des Gesamtziels bei. Das ist sinnvoll, da alle Landkreise unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten haben. Gleichzeitig schaffen wir mit dem Gesetz neue finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die Kommunen und die Menschen vor Ort. Dort wo die Anlagen gebaut werden, muss auch etwas ankommen.

Bauen in Niedersachsen

Auch eingebracht im April, unser Entwurf des Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) und der Änderung des Niedersächsischen Wohnraumschaffungsgesetz (NESWoG). Damit wollen wir ein klares Zeichen setzen und einen Paradigmenwechsel einleiten. Weniger Bürokratie, schlankere Verfahren, Erleichterungen. Unsere Vorschläge finden schon jetzt bundesweit Beachtung. Wir machen Bauen in Niedersachsen schneller, einfacher und kostengünstiger. Zusätzlich zur Schaffung der neuen Landeswohnungsbaugesellschaft wird das ein weiterer Baustein für mehr bezahlbares Wohnen in Niedersachsen.

Das ist nur ein kleiner Einblick in aktuelle Themen im Niedersächsischen Landtag.

Ein besonders wichtiges Ereignis für die Menschen in unserer Region, Niedersachsen, Deutschland und der Welt sind die kommenden Europawahlen.

Die Europäische Union ist ein Garant des Friedens, Grundlage unserer wirtschaftlichen Entwicklung und in den aktuellen Zeiten wichtiger denn je. Globale Herausforderungen können wir nur gemeinsam bewältigen. Sicherheit & Frieden, sichere Arbeitsplätze und günstige Energie. Sozialen Klimaschutz, Zusammenhalt & Respekt, grenzenlose Mobilität. Das erreichen wir nur mit Europa. Nutzen Sie ihre Stimme, gehen Sie am 09. Juni wählen.

Ich bin gerne jederzeit für Sie ansprechbar. Was für den Wahlkampf gilt, gilt auch für die Arbeit als Abgeordneter: Rufen Sie mich an, schreiben Sie mir eine Nachricht, gehen wir einen Kaffee trinken. Gerne können Sie auf meiner Homepage www.janhennerputzier.social meinen Newsletter abonnieren und bleiben so immer auf dem Laufenden über meine politische Arbeit in Hannover und im Landkreis Uelzen. Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam an den besten Lösungen für Uelzen, Niedersachsen und darüber hinaus zu arbeiten. Sie erreichen mich unter mail@janhennerputzier.de oder unter 0151-24131841.

Herzliche Grüße
Jan Henner Putzier



Bericht aus dem Samtgemeinderat

Heizungserneuerung für Grundschule Wieren und ASW

Die Heizungsanlage der GS Wieren wird erneuert, sie unterstützt gleichzeitig die Heizung des Schwimmbades der ASW, da diese Heizung dann effektiv ganzjährig betrieben werden kann (Winter > Schule, Sommer > Schwimmbad). Ideal ist der gleichzeitige Bau einer 30 kWp-Photovoltaikanlage auf der Schulturnhalle zur Speisung der Wärmepumpe und der sonstigen Elektrik der Schule. Nachdem Förderzusagen eingegangen sind, beginnt jetzt das Ausschreibungsverfahren.

Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen der KiTa Wieren im Foyer der Schulturnhalle Wieren

Das Foyer der Schulturnhalle Wieren soll umgebaut werden, um übergangsweise 25 KiTa-Plätze einzurichten. Notwendig ist u.a. der Einbau einer Teeküche und die Anschaffung der Raumausstattung sowie der sanitären Anlagen.

Diese Einbauten werden nach Fertigstellung der KiTa Wieren dort ebenso weitergenutzt wie die angeschafften Spielgeräte im Außenbereich.



Foto: getproject

Geplantes PV-Projekt bei Bollensen

Schiedspersonen benannt

Dr. Karl Eggers aus Bad Bodenteich soll Schiedsperson für die nächsten 5 Jahre für den Bereich östlich des Elbe-Seitenkanals werden. Markus Nieber aus Wrestedt soll diese Tätigkeit im Bereich westlich des ESK weiterführen. In einem Schiedsverfahren kann bei vielen kleineren Straftaten wie z.B. Beleidigung, Körperverletzung, Bedrohung usw. eine außergerichtliche Einigung erzielt werden, die schneller, kostengünstiger und ohne Öffentlichkeit hergestellt wird.

keit hergestellt wird.

In kleineren zivilrechtlichen Auseinandersetzungen wie etwa Nachbarschaftsstreitigkeiten ist eine vorherige Einschaltung der Schiedsperson sogar obligatorisch. Einzelheiten: <https://www.samtgemeinde-aue.de/home/buergerservice/ansprechpersonen/schiedsperson.aspx>

Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaikanlagen verabschiedet

Des Samtgemeinderat beschloss klare, transparente und einheitliche Beurteilungskriterien zur Prüfung und Findung von geeigneten Freiflächen-PV-Anlagen. Auf dieser Grundlage können dann Flächennutzungspläne geändert und Bebauungspläne aufgestellt werden.

Der Kriterienkatalog ist auch auf der Homepage der Samtgemeinde Aue veröffentlicht. Damit herrscht Transparenz für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für interessierte Projektentwickler.

Es gibt keinen Anspruch auf Realisierung einer Baumaßnahme durch die Projektentwickler, sondern die Planungshoheit liegt allein bei der Gemeinde.

E-Ladesäulen

Das Ladeinfrastrukturkonzept wird derzeit bearbeitet, die Betreibersuche gestaltet sich schwierig, auch der Personalmangel in der Verwaltung macht sich bemerkbar - derzeit keine Priorität.

Jens Karstens - Wieren



Aus dem Landkreis Uelzen

Liebe Leserinnen und Leser,
als Kreistagsmitglied möchte ich eine der großen
Investition vom Landkreis vorstellen:

Die Erweiterung der Feuerwehr- technischen Zentrale (FTZ) in Uelzen

Die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) im Land-
kreis Uelzen wird in den kommenden Jahren er-
heblich erweitert und modernisiert. Die FTZ dient

zehn neuen Fahrzeugstellplätzen, Lagerflächen
und einem Schulungsraum. Am Bestandsgebäude
wird ein Anbau errichtet, der unter anderem
Schwarz-Weiß-Bereiche für Umkleide-, Dusch- und
Toilettenräume sowie eine Atemschutzwerkstatt
umfassen wird.

Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die
FTZ den steigenden Anforderungen an die Feuer-
wehren gerecht werden kann. Die geschätzten
Kosten für die gesamten Maßnahmen belaufen
sich auf ca. 13 Millionen Euro. 6,5 Millionen Euro
machen dabei die Bauwerke aus und
3,3 Millionen Euro die technischen An-
lagen.

Die Baunebenkosten liegen bei 1,6 Mil-
lionen Euro. 935.000 Euro kostet die
Ausstattung der Atemschutzgeräte-
werkstatt. Der Bau soll voraussichtlich
im Jahr 2025 beginnen und bis Dezem-
ber 2026 abgeschlossen sein.

Mit dieser Investition will der Landkreis
Uelzen die Sicherheit und den Schutz
der ehrenamtlichen Brandschützer der
Wehren im Kreis sowie der Bürgerin-
nen und Bürger gewährleisten.

Die Erweiterung und Modernisierung
der FTZ ist gleichzeitig eine
Anerkennung des engagier-
ten Einsatzes der ehrenamt-
lichen Feuerwehrkräfte.

Ihr Kreistagsabgeordneter
Herbert Rathje
Varbitz



Foto: Simon Märtens / FW Uelzen

Gemeinsamer Ausbildungsdienst aller drei Gefahrgutzüge
des Landkreises Uelzen in der FTZ

als Technik- und Ausbildungszentrum für die Feu-
erwehren im Kreis und spielt eine entscheidende
Rolle bei der Reinigung, Überprüfung und War-
tung der Ausrüstung, einschließlich Schläuchen
und Atemschutzgeräten. Darüber hinaus werden
in der FTZ Schulungen und Übungen für den Kata-
strophenschutz und Zivilschutz durchgeführt. Die
geplanten Erweiterungen umfassen den Bau von

Impressum
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
29525 Uelzen
Lüneburger Straße 42 Tel. 0581-5281
Ortsverein Samtgemeinde Aue
Thomas Weigelt info@spd-samtgemeinde-aue.de

Informationsfahrt nach Berlin –

Einladung des MdB Dirk-Ulrich Mende

Dirk-Ulrich Mende, der hiesige Abgeordnete, hatte nach Berlin eingeladen- und ein Reisebus voller Interessierter kam...



Woher stammen die Farben unserer Nationalflagge?

Als erster Programmpunkt nachdem wir in Berlin angekommen waren, stand ein Besuch des Deutschen Doms auf dem Plan. Die hier angesiedelte „Parlamentshistorische Ausstellung des Deutschen Bundestages“ zeigte auf, wie die Farben Schwarz-Rot-Gold der deutschen Flagge ausgewählt wurden:

Während der Napoleonischen Befreiungskriege 1813-1815 trugen Freiwillige des Lützowschen Freikorps eine schwarze Uniform mit goldenen Messingknöpfen und rotem Ärmelaufschlag; bereits 1832 waren diese Farben auf dem Hambacher Fest vielfach zu sehen, 1848 erklärte der Frankfurter Bundestag ebenso wie die Deutsche Nationalversammlung Schwarz-Rot-Gold zu Farben des zu gründenden Deutschen Reiches. Auf Betreiben Bismarcks wurde diese Flagge ab 1866 allerdings gegen die Farben Preußens (schwarz-weiß) und der Hansestädte (rot) getauscht. Von 1919 bis 1933, während der Weimarer Republik, war die Nationalflagge schwarz-rot-gold, danach wieder ab 1949. Unsere

Nationalflagge hat also ihren Ursprung in der Zeit der Befreiungskriege.

Es folgte ein Besuch des ZDF-Hauptstadtstudios „Unter den Linden“. Hier werden unter anderem das ZDF-Morgenmagazin und die Talkshow „Maybritt Illner“ produziert. Das Studio, in dem am nächsten Tag die Talkshow stattfinden sollte, wurde während unseres Besuchs gerade ausgestattet und beeindruckt mit der Vielzahl von ferngesteuerten Scheinwerfern und Kameras.

Wie wollen wir leben?

Zum Abschluss des Tages – das Futurium – "Haus der Zukünfte". Hier dreht sich alles um die Frage: Wie wollen wir leben? In diesem Jahr dreht sich die Ausstellung speziell um das Thema Rohstoffe. Man erfährt, welche Auswirkungen Rohstoff-Abbau und Rohstoff-Verbrauch auf Mensch und Natur haben, welche Interessen die weltweite Rohstoffwirtschaft prägen und wie Rohstoffe umweltschonender und sozial gerechter abgebaut, recycelt und wiederverwendet werden können. - Im „Skywalk“ auf dem Dach des Futuriums hat man einen großartigen Blick über die Stadt.

Im Plenarsaal des Bundestages.

Thema: EU-Osterweiterung

Am nächsten Tag waren wir ab 9:00 Uhr Besucher



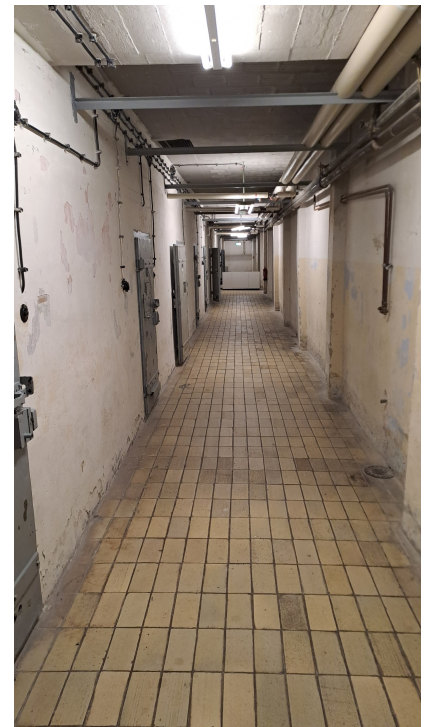
Foto: Achim Melde / Bildatenbank Bundestag

einer Plenarsitzung im Deutschen Bundestag. Es ging um die EU-Osterweiterung vor 20 Jahren. Am 1. Mai 2004 traten die ehemalige Sowjetrepubliken und Warschauer-Pakt-Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern, der EU bei. Diese Beitritte gelten als eine der wichtigsten geopolitischen Entscheidungen der Europäischen Union.

Für die SPD sprach dort auch Frau Dr. Zanda Martens, die mit ihrer Rede eindrucksvoll darstellte, wie sie als gebürtige Lettin die Freiheiten der EU kennengelernt hat: „...Ich lebe und arbeite seit 2010 in Deutschland, habe inzwischen auch den deutschen Pass und bin tatsächlich die erste und die bisher einzige aus Lettland Stammende, die es in den Deutschen Bundestag geschafft hat. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie großartig die Freiheiten der EU sind: Hier bin ich.“

Anschließend diskutierten wir mit dem Bundestagsabgeordneten unseres Wahlkreises, Dirk Ul-

rich Mende, über den vorherigen Programmpunkt und vor allem über die anstehende Wahl zum EU-Parlament. Daneben ging es aber auch um viele aktuelle politische Themen. Allerdings wartete bereits der nächste Programmpunkt: ein Fototermin an der Reichstagskuppel.



Kellergang der Stasi-Haftanstalt in Hohenschönhausen

3 Fotos: Jens Karstens



Nach einem Mittagessen stand der **Besuch des Gesundheitsministeriums** an. In einem kurzweiligen Vortrag informierte eine Mitarbeiterin über die Grundzüge des deutschen Gesundheitswesens, über Struktur und Aufgaben des Ministeriums und über aktuelle gesetzliche Regelungen der Gesundheitspolitik. Leider konnte das aktuelle Thema, die Cannabis-Freigabe, nur angerissen werden.

Weiter ging es zur Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der ehemaligen **Zentralen Untersuchungsanstalt der Stasi**. Die Haftanstalt bestand seit 1945. Nach Kriegsende nutzten die Sowjets das Gelände als Speziallager für - manchmal mehr als 4200 Personen gleichzeitig - unter katastrophalen hygienischen Zuständen, mangelnder Verpflegung und unzureichender medizinischer Versorgung eingesperrt waren. Ehemalige Angehörige der NS-Verwaltung, Polizei- oder Geheimdienstangehörige, aber auch „Spione, Saboteure und Terroristen“ waren die Insassen.

Oft waren die Gefangenen Opfer von Denunziationen. Es gab bis 1950 insgesamt 10 Speziallager mit 122000 Inhaftierten, von denen mehr als ein Drittel verstarb. Die meisten Inhaftierten wurden jahrelang ohne Gerichtsverfahren festgehalten.

1947 übernahm der sowjetische Geheimdienst das Lager. Die ungeheizten Räume im sogenannten U-Boot waren nur mit einer Holzpritsche und einem Kübel ausgestattet. In stundenlangen nächtlichen Verhören wurden Geständnisse erpresst, oft nach Drohungen und körperlicher Gewalt, Schlafentzug, oder stundenlangem Stehen in viel zu kleinen Arrestzellen.

Ab 1951 leitete das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) das Kellergefängnis als seine zentrale Untersuchungsanstalt.

Ein ehemaliger Insasse schilderte uns in beeindruckender Weise, wie es damals zugeht: 12 Frauen in einem 8 m²-Raum (U-Boot-) mit einem Kübel – ohne Licht, ohne Heizung und den Launen der Wärter ausgesetzt.

Die Haftanstalt wurde am 3. Oktober 1990 geschlossen.

Am letzten Tag unserer Reise besuchten wir bei einer **Stadtrundfahrt** u.a. die Gedenkstätte Bernauer Straße, den Bendlerblock, die Botschaften an der Tiergartenstraße und einige andere interessante Orte, bis wir letztlich zur Niedersächsischen Landesvertretung kamen, wo wir über die Aufgaben der Einrichtung, informiert wurden.

Der rote Elefant im Garten der Landesvertretung mit den Aufdrucken vieler Städte Niedersachsens löste allerdings bei einigen Befremden aus – warum steht hier nicht ein Pferd?



Die Stelen des Denkmals sind bis zu 4,70 m hoch und hinterlassen einen beklemmenden Eindruck

Den Abschluss unserer Reise bildete der Besuch des **Denkmals für die ermordeten Juden Europas**. Mit Informationen über die Geschichte der Verfolgung durch die Nazis besichtigten wir anschließend das beeindruckende Labyrinth mit über 2800 Stelen.

Drei schöne und sehr informative Tage endeten nach vierstündiger Fahrt am Uelzener Bahnhof.

Jens Karstens
Wieren

Das digitale Rathaus – wie sag ich's der Verwaltung

Das Bürgerportal der Samtgemeinde Aue ist seit einigen Monaten online. Es bietet die Möglichkeit, einige Anliegen der Bürger/-innen direkt von zu Hause aus zu erledigen, ganz ohne einen Termin, und das 24 Stunden am Tag. Eine Internetverbindung ist die Voraussetzung für diese Art der Kommunikation - die Technik in unserer heutigen, schnelllebigen Zeit ist nicht aufzuhalten.

Aber warum schreibe ich diesen Artikel?

Als Ratsmitglied im Flecken Bad Bodenteich werde ich oftmals von Mitbürgern/-innen, überwiegend von älteren Personen, angesprochen: „Herr Brandt - können sie mal Ich habe schon mehrmals bei der Gemeinde angerufen und es ist nichts passiert“. Dann nehme ich die Wünsche der Bewohner auf und gebe diese Information oder Anfragen an die Samtgemeinde per Mail weiter. Bislang habe ich hiermit gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde gemacht.

Das Fazit für mich ist, das ein Telefonat weniger erfolgreich ist als ein geschriebenes Wort. Daher ist der schriftliche Weg, ist diesem Fall per Mail, auch für die Verwaltung von Vorteil in der Bearbeitung.

Meine Bitte an alle Bürger/-innen:

Wenn sie Anfragen, Anregungen, Informationen oder Bitten an die Samtgemeinde haben, wählen sie folgenden Weg im Internet:

www.Samtgemeinde-Aue.de
Willkommen im digitalen Rathaus

> zum Bürgerportal

oben auf der Leiste auf „Kontakt“ gehen

auf der nächsten Seite auf „Weiter“ gehen

Dann kommen Sie auf ein Kontaktformular

Bitte die Felder ausfüllen

im Feld „Nachricht“ ihre Anfrage, Hinweis, Reklamation oder Bitte mitteilen

Zum Schluß „Absenden“.

Sie bekommen immer eine Rückmeldung über den Eingang ihrer Mail.

Ich hoffe, ich konnte insbesondere den älteren Mitmenschen hier ein wenig Hilfestellung geben und den Weg aufzeigen, wenn mal wieder eine Straßenlaterne defekt ist, der Bürgersteig gereinigt werden muß, die Papierkörbe überlaufen,

wilde Müllkippen entdeckt werden, es zu einer Beschädigung an einer öffentlichen Einrichtung gekommen ist, oder oder oder

.....

Die Mitarbeiter im Bauhof der Samtgemeinde können nicht überall zur gleichen Zeit sein.

Umso mehr ist die Verwaltung im Rathaus in Wrestdt auf unsere/Ihre Informationen angewiesen.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg.

Anmerkung: Es wird in naher Zukunft die Seite „Sag's uns einfach" auf der Seite der Samtgemeinde Aue geben.

Wolfgang Brandt
SPD-Fraktion
Flecken Bad Bodenteich



Aus der Gemeinde Wrestedt

Baugebiet Langdoren Ost in Wrestedt:

Im Haushalt 2024 sind Erschließungskosten eingestellt, auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass es derzeit 55 Interessenten für Baugrundstücke gibt. Die Preisfestsetzung soll demnächst erfolgen.

Baugebiet Uelzer Feld in Lehmke:

Es sind 60.000 Euro für einen Spielplatz berücksichtigt, der Bauantrag ist inzwischen gestellt worden.

Brandruine "Walzer" in Lehmke:

Es fehlt eine Grundstückssicherung, unter bauordnungsrechtlich ist die Bauaufsicht des LK Uelzen zuständig, der Kontakt ist hergestellt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Illegale Müll-/Laubentsorgung:

Die Nutzung von sogenannten „Gemeindekuhlen“ zur Entsorgung von Laub sind nicht zulässig. Das bei Gemeinschaftsaktionen auf öffentlichen Flächen gesammeltes Laub, für die keine Straßenreinigungsverpflichtung für anliegende Bürgerinnen und Bürger besteht, wird von der Gemeinde abgefahren. Diese "Laubsammeltage" sind bei der Gemeinde anzumelden, dieses Laub wird dann abgeholt und der Kompostierung zugeführt.

Förderprogramm für den Einbau von Balkonkraftwerken:

Das Förderprogramm wurde im Gemeinderat besprochen, geplant war eine Förderung von maximal 2 Paneelen mit jeweils 120 Euro. Der Fördertopf sollte auf 10.000 Euro gedeckelt werden. Es erfolgte nach Diskussion eine Ablehnung mit 8 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Amerika-Linie - Lärmschutzwände:

In Stederdorf und Soltendieck wurden einführende Info-Veranstaltungen der DB zusammen mit der Fa. IFID durchgeführt; anschließend haben die Vereine „Wieren 2030“, „Dorfgemeinschaft Wrestedt“ sowie "Dorfgemeinschaft Niendorf II" auf dieser Grundlage weiter diskutiert. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger blieb leider hinter den Erwartungen der Organisatoren zurück.

Für den Bereich Wieren hat sich gezeigt, dass es in erster Linie auf den größtmöglichen Lärmschutz ankam und in manchen Bereichen die Optik etwas zurückstehen musste.

Die Ergebnisse d Beratungen wurden dem Gemeinderat zugeleitet, mehrere Ratsmitglieder waren an den Gesprächen aktiv beteiligt, so dass auf breiter Grundlage ein Ratsbeschluss an die DB weitergegeben werden konnte.

Tante-Enso-Markt in Wieren:

Der Baufortschritt ist sichtbar, es werden derzeit die Fenster eingebaut, danach kann der Innenausbau voranschreiten. Im Juni soll das Dach gerichtet werden. Mit einer Eröffnung kann noch im 4. Quartal 2024 gerechnet werden, so der Betreiber „myenso“.

Jens Karstens
Wieren



Foto: Jens Karstens

Das haben wir von der Europäischen Union:

Die Europäische Union (EU) bietet wichtige Errungenschaften für ihre Mitgliedstaaten und Bürgerinnen und Bürger.

Frieden und Sicherheit:

Die EU wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um in Europa Frieden und Sicherheit auf Dauer zu schaffen. Die engen wirtschaftlichen und politischen Bindungen zwischen den Mitgliedstaaten tragen dazu bei, Konflikte zu vermeiden und die Zusammenarbeit zu fördern. In Mittel- und Westeuropa hat es in der jüngeren Geschichte noch nie so eine lange Zeit ohne Krieg gegeben.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Die EU sorgt für einen gemeinsamen Binnenmarkt, der den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen ermöglicht. Dies fördert Handel, Investitionen, Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum in der gesamten Europäischen Union.

Politische Stärke:

Die EU bietet den Mitgliedstaaten eine Plattform für politische Zusammenarbeit und gemeinsame Entscheidungsfindung. Dies ermöglicht es, auf globaler Ebene mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und gemeinsame Interessen wirkungsvoll zu vertreten.

Demokratie und Menschenrechte:

Die EU garantiert die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten auch in ihren Mitgliedstaaten. Der Beitritt zur EU erfordert die Einhaltung dieser Prinzipien.

Zusammenarbeit und Solidarität:

Die EU fördert die Zusammenarbeit und Solidarität insbesondere durch Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Bildung und zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit.

Umweltpolitik:

Die EU führt umfassende Umweltstandards ein und legt Ziele fest, um Umweltverschmutzung zu bekämpfen, die natürlichen Ressourcen zu schützen und den Klimawandel anzugehen. Das trägt dazu bei, dass Umwelt- und Klimaprobleme grenzüberschreitend angegangen und gemeinsame Lösungen gefunden werden.

Was wir bisher schon geschafft haben – insbesondere für Frauen!

Frauen werden künftig europaweit besser vor Gewalt geschützt.

Der Mindestlohn wurde 2022 deutlich angehoben, spürbar für 6 Millionen Menschen. Besonders häufig profitieren Frauen und Beschäftigte aus Ostdeutschland von der Erhöhung. Auch die Rentenerhöhungen helfen Frauen, da diese proportional am stärksten von Altersarmut betroffen sind. Die europäische Richtlinie zur Lohntransparenz wird dazu beitragen, dass mehr Frauen ihren gerechten Lohn erhalten.

In unserem direkten Umfeld:

Viele Firmen, Gebäude, Straßen, v.a. Feldwege, touristische Attraktionen, usw., im Landkreis Uelzen und in der Samtgemeinde Aue wurden und werden finanziell durch die Europäische Union unterstützt.

Katarina Barley, Bernd Lange
Abgeordnete im Europäischen Parlament